Ist die Raumplanung überflüssig geworden?

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **32 (1975)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-782389

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

VLP-Vorstandssitzung in Bern

Ist die Raumplanung überflüssig geworden?

wb. Es war eine ausgezeichnete Idee, Professor Dr. G. Fischer von der Hochschule St. Gallen an der jüngsten Sitzung des Vorstandes der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP) zum Thema «Wirtschaftliche Situation und Raumplanung» sprechen zu lassen. Wir freuen uns, nachstehend eine Zusammenfassung der Ausführungen von Professor Fischer veröffentlichen zu können. Vorgängig genehmigte der Vorstand unter dem Vorsitz von VLP-Präsident Dr. Willi Rohner den Tätigkeitsbericht 1974 der VLP (er ist in «plan» 6/75 erschienen) und stimmte der Jahresrechnung 1974 und dem Revisorenbericht zu. Grosse Bedeutung misst die VLP den Vorbereitungen für die Abstimmungskampagne zum Raumplanungsgesetz bei. Dass die Abstimmung über das Raumplanungsgesetz auf den Juni 1976 verschoben worden ist – daran ist die VLP nicht ganz «unschuldig», wie Direktor Dr. Stüdeli an der Vorstandssitzung erklärte. Der Abstimmungskampf, zu dem es ja kommt, weil das Referendum gegen das Gesetz ergriffen worden war, soll nach den Vorstellungen der VLP gründlich vorbereitet werden. Als Auftakt zur Aufklärung führt die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung im November dieses Jahres eine Tagung durch. – Hier nun die Zusammenfassung des Referates von Professor Fischer:

Die öffentliche Grundstimmung hat deutlich umgeschlagen: statt Wachstumseuphorie herrscht Zukunftsangst, an die Stelle von Planungsgläubigkeit tritt Planungsunsicherheit. Dafür gibt es viele Gründe. Eine Hauptursache liegt zweifellos in der veränderten wirtschaftlichen Situation. Der entwicklungspolitische Überblick sei weg – so wird argumentiert –, andere Probleme stünden im Vordergrund. Wozu brauchen wir da noch die Raumplanung?

Unsichere Wirtschaftsperspektiven

Tatsächlich stehen wir heute vor einer veränderten und zugleich einmaligen Situation. Einmalig deshalb, weil gegenwärtig verschiedene Entwicklungsprobleme zeitlich zusammentreffen, die sich in ihren Wirkungen gegenseitig überlagern und kumulative Effekte erzeugen. Stichwortartig seien erwähnt:

Vorstandssitzung der VLP, von links nach rechts: Professor Dr. G. Fischer von der Hochschule St. Gallen, der ein ausgezeichnetes Referat hielt, VLP-Direktor Dr. Rudolf Stüdeli und VLP-Präsident Dr. Willi Rohner, alt Ständerat, der die Vorstandssitzung souverän leitete (Aufnahme: wb)

- ein weltweites Inflationsproblem (mit länderweise zwar unterschiedlichen, überall aber tief in den Bereich der zweistelligen Zahlen vorgedrungenen Raten),
- ein weltweites Rezessionsproblem (in allen industrialisierten Ländern parallel verlaufend, verbunden mit konjunkturell bedingtem Nachfrageschwund),
- ein Wachstums- und Strukturproblem (Überkapazitäten in gewissen binnenwirtschaftlichen Bereichen bei gleichzeitig strukturell bedingter Sättigung), sowie
- ein Wechselkursproblem (überbewerteter Frankenkurs, verbunden mit einer empfindlichen Schwächung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie).

All diese Faktoren führen zu einem insgesamt recht düsteren Bild. Hinzu kommt, dass die Vielzahl gleichzeitig wirkender Ursachenkomplexe sowohl eine fundierte Lagebeurteilung als auch die Wahl der geeigneten Mittel und Wege erschwert, mit denen diese Schwierigkeiten überwunden werden können. Die Unsicherheit ist gross, und die Wirtschaftspolitik hat keine Patentrezepte zur Hand.

Aus der Sicht der Raumplanung stellt sich vor allem die Frage, ob diese Schwierigkeiten eher vorübergehender oder aber längerfristiger Natur sind, und welche Konsequenzen sich daraus ableiten lassen. Hierzu lässt sich folgendes agen:

- Aufgrund der verfügbaren Indikatoren ist das Ende der konjunkturellen Talfahrt noch nicht abzusehen. Vielmehr muss befürchtet werden, dass der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit noch vermehrt auf die Beschäftigungslage durchschlagen wird.
- Selbst nach Überwindung der gegenwärtigen Rezession werden die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten unseres Landes viel geringer ausfallen als bisher. Denn der Stillstand des Bevölkerungswachstums sowie die restriktive Fremdarbeiterpolitik haben zur Folge, dass das Arbeitspotential inskünftig stagniert; weitere Wachstumsmöglichkeiten sind nurmehr durch Produktivitätsfortschritte realisierbar, und diese halten sich in relativ engen Grenzen.
- Um das verlorene Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage längerfristig wieder herzustellen,

wird ein Abbau der Überkapazitäten, die uns die anhaltende Wachstumseuphorie gebracht hat, unumgänglich sein. Dies führt zu schmerzhaften Redimensionierungs- und strukturellen Anpassungsprozessen – vor allem im binnenwirtschaftlichen Bereich, aber auch in gewissen Exportsektoren. Und diese Entwicklungskonstellation dürfte das Wirtschaftsbild der Schweiz auf Jahre hinaus prägen.

Vorsicht mit voreiligen Schlussfolgerungen

Unsere notwendigerweise recht skizzenhafte Lagebeurteilung ergibt, dass der ungestüme Entwicklungsdruck nicht nur – recht abrupt übrigens – verflogen ist, sondern sich auch längerfristig kaum mehr in der erlebten Akzentuierung einstellen wird. Ist es deshalb richtig, zu folgern, die Raumplanung sei überflüssig geworden? Oder haben jene recht, welche verlangen, die Raumplanung soll sich jetzt auf die Befriedigung des Nachholbedarfs beschränken – und zwar dort, wo dieser ausgewiesen sei? Beide Schlussfolgerungen sind voreilig. Man übersieht, dass die Raumplanung auch inskünftig gewichtige Aufgaben zu lösen hat, und man missversteht diese Aufgaben, wenn man glaubt, mit einer reaktiven Anpassungsplanung die Folgeprobleme der räumlichen Entwicklung lösen zu können.

Die zentrale Aufgabe der Raumplanung besteht doch darin, einen Ausgleich der allgemeinen Lebensbedingungen herbeizuführen, ein raumordnungspolitisches Anliegen, das im Zweckartikel des Raumplanungsgesetzes deutlich umschrieben und festgehalten wird. Und dieses Ziel ist nach wie vor bedroht – auch bei fehlendem Überdruck. Denn erstens wird der räumliche Konzentrationsprozess von Wirtschaft und Bevölkerung weiterhin fortschreiten: in den Agglomerationsräumen mit vielleicht abgeschwächtem Druck, in den Entleerungsgebieten zweifellos in verschärfter Form, mit all den damit verbundenen unerwünschten Folgen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Art. Der lange Zeit unbegrenzte Rückgriff auf ausländische Produktionsfaktoren hat eben nicht nur den Überdruck auf die Agglomerationen verschärft, sondern gleichzeitig den Auslaugungsprozess der Entleerungsgebiete stark übertüncht. Inskünftig werden aber beide Effekte ausbleiben. Zweitens ist begründet anzunehmen, dass die gegenwärtige Phase wirtschaftlicher Unsicherheit den räumlichen Konzentrationsprozess noch beschleunigen wird. Das gilt vor allem im industriellen Bereich, wo sich bereits heute eine tendenzielle Konzentration der Produktionstätigkeit auf die Hauptbetriebe in agglomerationsnahen Standorten abzeichnet. Dadurch werden die Wohlstandsunterschiede noch akzentuierter, und die Arbeitsplätze der in den meist einseitig strukturierten Landgebieten gelegenen Zweigbetrieben noch mehr gefährdet. Das wiederum wird den Zwang zur räumlichen Mobilität verstärken.

Akzentverschiebung in der Aufgabenstellung

Aus all dem folgt, dass die Raumplanung heute so notwendig ist wie gestern. Doch erfordert die veränderte Ausgangslage eine Neubesinnung auf die eigentlichen Ziele (und Mittel!) der Raumplanung sowie eine gewisse Akzentverschiebung in ihrer Aufgabenstellung. Zweifellos ist die Phase grosser Planungsvisionen – ein Volk von 10 Millionen, der Bau neuer Städte usw. – endgültig vorbei. Dafür erwartet den Raumplaner viel Kleinarbeit, um die negativen Folgen der fortschreitenden räumlichen Konzentration, vorab in den Berggebieten, aber auch in weiten Teilen des Mittellandes, zu mildern bzw. gar nicht erst entstehen zu lassen. Die «Zauberformel» hierzu lautet: dezentralisierte Konzentration. Die Aufgabe der Raumplanung wird inskünftig nicht leichter sein – im Gegenteil. Denn die Interessengegensätze zwischen den grossen Agglomerationen und den abgelegeneren Gebieten werden sich verschärfen; weil man den einen nur etwas geben kann, wenn man den andern etwas vorenthält. Um hier ausgleichend zu wirken, ist eine erste Akzentverschiebung der Raumplanung unerlässlich, und zwar von einer primär ordnenden Planung in Richtung einer eigentlichen Gestaltungsplanung. Es sind in allen Landesteilen die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, die den heutigen Ansprüchen an urbane Lebensformen entsprechen.

Um diese Aufgabe zu erfüllen, sind weitere Akzentverschiebungen wohl unerlässlich. Das betrifft zunächst eine vermehrte Koordination im weitesten Sinn. Sprachen wir oben von Gestaltungsplanung, so lautet hier das Stichwort integrierte Planung, und zwar in dreierlei Hinsicht: sachlich (es müssen alle raumbedeutsamen Aspekte der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik einbezogen werden), finanziell (Verknüpfung der Aufgaben- mit der Ausgabenplanung, also Koordination zwischen Finanzplanung und Investitionsplanung) sowie räumlich (Koordination zwischen den verschiedenen Planungs- und Entscheidungsstufen).

«Demokratisierung der Planung»

Und schliesslich soll ein dritter Aspekt nicht unerwähnt bleiben, der unter dem Stichwort «Demokratisierung der Planung» sehr viele Planungsbetroffene beschäftigt – und vielleicht noch mehr Planungsbeteiligte beunruhigt. Hier geht es um die Frage, wie der Entscheidungsmechanismus, wie die Willensbildung in unserer direkten Demokratie, besser in den Planungsprozess eingeschaltet werden soll. Wir alle wissen, dass die beste Planung nichts nützt, wenn sie nicht realisiert werden kann – und diesbezüglich stehen wir vor erheblichen Schwierigkeiten. Dies wirft einige unbequeme Fragen auf.

- Haben wir in unseren bisherigen Planungsbemühungen vielleicht zu einseitig (und isoliert) Ziele gesetzt, dabei zu wenig an die verfügbaren Mittel und an die Konsequenzen der Realisierung gedacht?
- Haben wir die Planung vielleicht zu einseitig als Domäne der Spezialisten betrachtet und die Planungsbetroffenen zu sehr abseits stehen lassen?
- Haben wir die Planung vielleicht zu einseitig als zweckrationale Entscheidungsvorbereitung aufgefasst und dabei übersehen, dass alle Planungsphasen, die Vorbereitung von Entscheidungen, diese selbst sowie deren Durchsetzung den Prozess der politischen Willensbildung zu durchlaufen haben und insofern Objekt politischer Kompromisse sind?

Wohlverstanden: es geht nicht darum, dass die Planer vermehrt in Politik machen müssen. Aber wir sollten uns überlegen, wie man den Planungsablauf besser strukturieren könnte und müsste, um die Umsetzung der Planung in eine tragfähige Politik zu erleichtern. Die Vermutung liegt nahe, dass die Unsicherheit und ein gewisses Malaise gegenüber der Planung abgebaut werden könnten, wenn wir die Planungsvorgänge durchsichtiger und kontrollierbarer machen und eine vermehrte Beteiligung der Bevölkerung in verschiedenen Planungsphasen ermöglichen würden. Auch das wird die Planung nicht erleichtern – möglicherweise aber dazu beitragen, sie vermehrt zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte: nämlich ein Führungsinstrument der Politik. **pl**